
Die Gewalt des neoliberalen Staates

Rezension von: Nikolaus Dimmel, Josef Schmee (Hrsg.), Die Gewalt des neoliberalen Staates – Vom fordistischen Wohlfahrtsstaat zum repressiven Überwachungsstaat, facultas.wuv, Wien 2008, 567 Seiten, € 39.

Es gibt derzeit eine umfangreiche Literatur zur Globalisierung der Wirtschaft, zum schrankenlosen und krisenverursachenden Wirken des Finanzkapitals und zum angeblichen Rückzug und Rückbau des Staates. Aber dieses umfangreiche Buch aus der Feder von 23 AutorInnen verdient aus mehreren Gründen besondere Beachtung: Nicht nur führt es die LeserInnen an neuere Positionen der Staatstheorie heran, es füllt die Theorie auch mit reichem Anschauungsmaterial aus Österreich und Deutschland, das sich in einzelnen Beiträgen so spannend liest wie ein Kriminalroman. Es nimmt sich kein Blatt vor den Mund und sagt einzelnen Persönlichkeiten und Institutionen in diesem Lande offen, aber mit Argumenten immer gut begründet, die Meinung. Schließlich wagt es sich in ein Gebiet, das im *mainstream* der letzten Jahrzehnte wiederholt für tot erklärt wurde: „Revolution“ wird thematisiert. Aus den meisten Beiträgen des Buches wird deutlich, dass grundsätzliche gesellschaftspolitische Veränderungen anstehen, die gerade unter den Bedingungen der vor unseren Augen ablaufenden internationalen und nationalen Finanz- und realwirtschaftlichen Krisenprozesse dringend auf die politische Agenda gehören.

Es ist bei dem Umfang des Buches und seiner breit gestreuten Thematik beinahe unmöglich, ihm in einer Re-

zension gerecht zu werden. Ich beschränke mich daher auf die subjektive Auswahl weniger Beiträge, die mir besonders aufschlussreich und informativ erschienen. Ein wenig in Widerspruch zum Titel des Sammelbandes weist Kurt W. Rothschild im Geleitwort auf eine Tatsache hin, die immer wieder vergessen wird. Die heute oft affirmativ verwendete Bezeichnung „neoliberal“ ist ein Etikettenschwindel und hat nichts mit den ursprünglichen Ideen des klassischen Liberalismus des aufstrebenden Bürgertums zu tun, der nicht nur „die Ideen des Sozialismus und des Anarchismus befruchtete“, sondern eine Gesellschaft anstrebte, „in der sich alle Menschen voll entwickeln könnten, frei von unterdrückender und einschränkender Gewalt durch den Staat und die herrschenden Eliten“ (S. 5). Die einzelnen Beiträge des Buches zeigen konkret auf, dass die heutigen Trends der Gestaltung staatlicher Aktivitäten das genaue Gegenteil zu den klassischen liberalen Hoffnungen darstellen.

Der Band gliedert sich in vier Abschnitte unterschiedlichen Umfangs. Der erste Teil ist dem Thema „Staat und Gewalt“ gewidmet (AutorInnen: Johann J. Hagen, Roland Atzmüller, Lars Bretthauer, Ingo Stützle und Birgit Sauer). Darin werden Fragen der Staatstheorien, der Veränderung der Staatsfunktionen und der „kategorialen Beschaffenheit der Staatsgewalt bzw. staatlicher Gewaltausübung“ diskutiert. Auf den kürzesten Nenner gebracht besteht das Ziel des „Neoliberalismus“ in einer „umfassenden Freisetzung der Kapitalverwertung“ (S. 19), die aber nicht auf das Ökonomische beschränkt bleibt, sondern mit hegemonialen Hintergrundideologien zum Teil bereits ins Alltagsbewusstsein vorgedrungen und als „Moral des

Marktes“ (S. 20) durch eine „Gehirnwäsche in Freiheit“ (Noam Chomsky) verinnerlicht worden ist (S. 27). Der „Neoliberalismus“ zeigt präzise Feindbilder, die die „Freiheit“ bedrohen und in die Knechtschaft führen würden: die Gewerkschaften, den Staat, kollektive Strukturen, gesamtwirtschaftliche Planung.

Aber es ist auffällig, dass trotz der umfangreichen Privatisierungen öffentlicher Unternehmungen, trotz aller Liberalisierung der Finanzmärkte und trotz Rückbau der staatlichen Sozialaufwendungen in manchen Bereichen der Staat erstaunlich gestärkt aus der „neoliberalen“ Transformation hervorgeht. Was steckt dahinter? Die Ordnungsfunktionen des Staates werden ausgeweitet, während die Leistungs- und Gestaltungsfunktionen zurückgefahren werden. Dabei nehmen reaktive, proaktive, präventive und strukturelle Gewaltformen zu, letztere vor allem in Form von drohender Arbeitslosigkeit. Für den „Neoliberalismus“ ist aber nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Vollbeschäftigung ein Problem, da die Gefahr heraufbeschworen wird, „dass die Unternehmer die Kontrolle über den Arbeitsmarkt verlieren“ (S. 30).

Staatliche Einrichtungen wie z. B. öffentliche Verkehrssysteme, Post, Telefon, Museen, Schulen, Universitäten sind nicht zuletzt deshalb Kandidaten für Privatisierungen und (Teil-)Ausgliederungen, da sie Abschlankung (S. 42f), Kostenreduktion und Effizienzsteigerung versprechen. Sogar im Bereich der Justiz ist mit den ADR (*Alternative Dispute Resolutions*) als zunehmender Ersatz eines Teils der klassischen Zivilprozesse den staatlichen Gerichten eine selbsteingeräumte Konkurrenz entstanden (S. 32). Weitere Beispiele lassen sich anführen: 3.280 private Sicherheitsdienste in

Deutschland (2005) mit einem Umsatz von 5 Mrd. Euro, mehr als 13.000 Beschäftigte (2006) in privaten österreichischen Sicherheitsdiensten (S. 368), Black Sheriffs in Bratislava, der Irak als Exerzierfeld privater Söldnerfirmen mit dem Krieg als Profitquelle, private Gefängnisse, deren Geschäftsleitungen interessiert sind, stets ein volles Haus zu haben (S. 34), in den USA. Staatliche Hoheitsfunktionen werden durch diese Auslagerungen zunehmend in Frage gestellt. Rechtsstaatliche Sicherungen versagen (S. 35).

Welche theoretischen Erklärungsmuster für das Verhältnis zwischen Politischem (Staat) und Ökonomischem (kapitalistische Wirtschaft) stehen zur Verfügung? Materialistische Staatstheorien (wie z. B. von Poulantzas, Hirsch, Demirovic) gehen davon aus, dass der Staat zwar relativ autonom ist und seine Interessen nicht aus den Interessen der herrschenden Klassen abgeleitet werden könnten, dass er aber doch nur vor der Matrix der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und ihrer erweiterten Reproduktion durch Akkumulation gedacht werden könne, dass er daher nicht als neutraler Schiedsrichter gesehen werden darf, sondern als „materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses“, die als Gegenstand permanenter sozialer Auseinandersetzungen (Klassenkämpfe) und Transformationen der nach wie vor kapitalistischen Produktionsverhältnisse selbst gefasst werden muss (S. 45/46). Um die Innovations- und Veränderungsfähigkeit der kapitalistischen Ökonomie und damit ihre internationale Konkurrenzfähigkeit abzusichern, wird auch der Staat in Dienst genommen und muss transformiert werden „to promote product, process, organisational and market innovation“ (Jessop, S. 48). Neue Formen der Governance (und

damit immer wieder neue Runden von Verwaltungsreformen) sind gefragt, die technologischen Wandel, Technologietransfer und Innovation voranzutreiben gestatten (S. 49). Dabei wird nicht nur an die Manipulation ökonomischer Faktoren gedacht, sondern vermehrt an die Gestaltung der dafür notwendigen sozialen und kulturellen Ressourcen (S. 51).

Diese Umgestaltung kann an dem relativ neuen Begriff *workfare* (aus *work* und *welfare* zusammengesetzt) illustriert werden (S. 54f), der eine Zurückdrängung der dekommodifizierenden Elemente der sozialen Sicherheitssysteme mit der Einschränkung legitimer Formen, ein menschenwürdiges Leben auch ohne Erwerbsarbeit führen zu können, kombiniert. Die wachsende Zahl der *working poor* gemeinsam mit der Polarisierung der Einkommensstrukturen (sowohl innerhalb der Lohn-einkommen als auch zwischen Lohnarbeit und Kapital) ist ein überzeugender Hinweis auf das Wirken von *workfare*. Gegenwehr wird entweder durch Betonung der Eigenverantwortung der Individuen für ihre angeblich selbstverschuldete Arbeitslosigkeit oder Armut neutralisiert oder aktiv und präventiv im „Sicherheitsstaat“ bekämpft.

Sicherheit ist ein ideologisches Konstrukt, das die Dimension der freiwilligen Unterwerfung der „Versicherten“ mit sich trägt. Daher lassen sich die Funktionen des Sicherheitsstaates mit unterschiedlicher Schwerpunktbildung aus den Konzepten von Antonio Gramsci, Louis Althusser, Nicos Poulantzas und Michel Foucault ableiten. Während nach Gramsci die Staatsmacht auf „Hegemonie, gepanzert mit Zwang“ beruht und die Hegemonie auf einem realen, materiellen Kompromiss, der nicht bloßer Schein ist, sondern sich in Formen der Zivil-

gesellschaft vergegenständlicht, die von den Menschen mehrheitlich akzeptiert oder zumindest geduldet werden, versuchte Louis Althusser, Marx mit Erkenntnissen aus Psychoanalyse und Strukturalismus anzureichern und Gramscis Ansätze weiterzuentwickeln. Er führt einen Begriff von Ideologie ein, der nicht – wie bei Marx – mit falschem Bewusstsein konnotiert, sondern Identifikationsangebote bedeute, die Subalterne wahrnehmen können. Ideologie ist in diesem Sinne als „Vorstellung des imaginären Verhältnisses der Individuen zu ihren realen Existenzbedingungen“ (S. 65) gemeint (was aber dem Marx'schen Ideologiebegriff wieder recht nahe kommt).

Im Gegensatz zu Althusser konzentriert sich Foucault bei der Analyse staatlicher Herrschaft nicht auf die Klassenverhältnisse, sondern auf die konkrete Mechanik sozialer Praktiken, die Wissensfelder und -apparate hervorbringen (S. 65), die nicht neutral wären, sondern selbst eine normalisierende Funktion hätten. Herrschaft werde einerseits durch Herrschaftstechniken fremddisziplinierend, andererseits durch Selbsttechniken selbstdisziplinierend hergestellt und aufrechterhalten (S. 67). Nach Poulantzas ist das wissenschaftliche Wissen (wie auch bei Foucault) die Existenzbedingung jeglicher Macht und hat die „Fabrikation des zuverlässigen Menschen“ zum Zweck, das sich vom abstrakten und administrativen Wissen (das eine sozial und staatlich produzierte Realität wie Nationalität, Geschlecht etc. hervorbringt) und vom strategischen Wissen (das umgangssprachlich als „Allgemeinwohl“ seinen Ausdruck findet) unterscheidet.

Der zweite Teil (mit Beiträgen von Josef Schmee, Neda Bei, Gertraud Lunzer, Karl Czasny, Heinz Schoibl,

Georg Ziniel und Christoph Butterwege) beschäftigt sich mit den Entstehungsbedingungen und zentralen Feldern struktureller Gewalt, die dem „Neoliberalismus“ zum Durchbruch verhelfen soll. In Österreich ist dieser Prozess mit der Zerschlagung und Privatisierung der verstaatlichten Industrie verbunden, als „die Kapitaleseite für sich entdeckte, dass der Mehrwert auch direkt über eine Privatisierung der verstaatlichten Unternehmen einzutreiben sei“ (S. 125). Diese Veränderung in den Besitzverhältnissen hat eine Unterminierung der Sicherheit der Arbeitsplätze und der Rechte der arbeitenden Menschen zur Folge. Aber damit nicht genug. Die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union könnte aufgrund der Rechtssprechung des Europäischen Gerichtshofes traditionell erworbene Grundrechte der ArbeitnehmerInnen wie das Streikrecht in Zukunft in Frage stellen (als Beispiele werden die Fälle Vaxholm und Viking angeführt): Mit der Begründung der Sicherung des freien Binnenmarktes werden gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen gegen Lohndumping als unzulässig erklärt (S. 134). Gewerkschaftliche Gegenwehr ist weit und breit nicht in Sicht (S. 135).

Aber es wäre falsch, die Rücknahme sozialer und rechtlicher Errungenschaften einfach auf die EU zu schieben. Es gibt durchaus auch Hausgemachtes: Wie ein erhellender Beitrag über die Gleichbehandlungskommission in Österreich zeigt, wurde dieses Instrument der Durchsetzung von Gleichheitsrechten weder mit den nötigen Personalressourcen ausgestattet noch wurden die Geltungsbereiche umfassend definiert (S. 158).

Ähnliche „Glanzlichter“ gibt es im Bereich der Entwicklung der Steuerlast: „Im Zeitraum 2002-2007 haben

die Einkommen aus Gewinn und Besitz um 43% zugenommen, aber die steuerliche Mehrbelastung betrug nur 18%. Hingegen ist im gleichen Zeitraum die Bruttolohnsumme lediglich um 18% gewachsen, deren steuerliche Belastung beträgt aber 21%“ (S. 171). Die Gründung von Privatstiftungen ermöglicht ab einem Vermögen von 3 bis 5 Mio. Euro einen KEST-Satz von 12,5% statt der sonst geltenden 25% (S. 173). Im Jahr 2000 wurde die Börsenumsatzsteuer abgeschafft, aber Versicherungssteuer und Elektrizitätsabgabe sind gestiegen (S. 174). „Der große Teil der Steuerentlastung 2005 bezieht sich auf die Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 34% auf 25%“, der unter dem EU-Durchschnitt zu liegen kam (S. 176). Obwohl die Steuerreform 2004/2005 eine Entlastung der Niedrigeinkommen mit sich bringen sollte, musste ein/e AlleinerzieherIn mit zwei Kindern 2% mehr Steuern zahlen als im Jahr 2000, obwohl eine Entlastung von 6% angepeilt war (S. 178). Die Nettorealeinkommen lagen im Jahr 2005 um 1,7% unter jenen von 1995 (S. 178), nur die obersten 1% erreichten real einen Zuwachs.

Bei privaten Mietwohnungen haben sich drastische Veränderungen vollzogen: 1981 betrug der Anteil der Wohnkosten am Haushaltseinkommen 10% (inklusive Ablöse 13%), 2004 liegt der Schnitt bei 26% (bei Untermiete sogar bei 29%). Die Belastung variiert aber stark mit der Wohndauer (S. 183). Ab dem Jahr 2000 eingezogene Hauptmieter berappen knapp 30%, ab 1990 eingezogene nur 23% (für Untermieter: 32% bzw. 22%). Interessant ist, dass unter den heutigen Bedingungen des Wohnungsmarktes sogar die für einen sozialen Ausgleich gedachten Wohnbeihilfen zu Preissteigerungen führen. Als unverdächtige Zeugen wird ein ge-

schäftsführender Gesellschafter eines großen in Wien tätigen gewerblichen Wohnbauträgers zitiert: „Seit es in Wien eine deutlich verstärkte Subjektförderung gibt, sind die Wohnungspreise deutlich gestiegen.“ Denn jetzt gilt: „Der Konsumentenpreis ist abhängig vom Einkommen des Mieters und kann im Bedarfsfall durch Subjektförderung weiter reduziert werden“ (S. 193). Es verwundert kaum, dass unter solchen Rahmenbedingungen in Österreich das Menschenrecht auf Wohnen nicht verwirklicht ist: Etwa 80.000 Menschen sind jährlich von Delogierung bedroht, 20.000 haben 2006 tatsächlich ihre Wohnung verloren (S. 209). Erfolgversprechende Gegenmaßnahmen wie etwa die Wohnungslosenhilfe (WLH) sind in Österreich in manchen Bundesländern gar nicht vorhanden, und wenn, dann zersplittert und mit zu geringen Ressourcen ausgestattet (S. 212f).

Im Gesundheitswesen sehen wir, dass unter dem Stichwort „Rationierung“ zur Kostenersparnis erkrankten Menschen Leistungen mit potenziell positivem Gesundheitseffekt vorenthalten werden. Die Möglichkeiten dazu sind vielfältig: Verweigerung der Aufnahme in die Intensivstation mangels Kapazität, Umlenkung aus dem Gesundheitssystem in das Pflegewesen, Verzögerungen und lange Wartefristen bei Operationen, Ausdünnung oder Vermindern der Qualität und des Ausmaßes an Betreuung oder Abschreckung durch hohe Gebühren oder Selbstbeteiligung (S. 223f).

Die angeführten Beispiele aus der Praxis des Sozialstaats der letzten Jahrzehnte folgen einer Tendenz der tiefgreifenden Erosion und Transformation mittels marktkonformer Strukturreformen, die vom Wohlfahrtsstaat zum Minimalstaat führen, abgeschlankt,

aber im Bereich von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik bereits „magersüchtig“ (S. 243). Der Trend geht zum präventiven Sicherheitsstaat, der zunehmend überwacht und kriminalisiert und über Repressionen aktivierend wirken soll. Aus dem Sozialstaat wird ein Fürsorge-, Almosen- und Suppenküchenstaat, der die gesamtgesellschaftliche Solidarität untergräbt und zunehmend auf Familiensubsidarität baut.

Der dritte Teil des Sammelbandes widmet sich dem staatlichen Gewalt handeln (Beiträge von Nikolaus Dimmel, Elisabeth Hammer, Hans Grohs, Alexander Maly, Volker Eick, Herwig Haidinger, Wolf Szymanski, Michael Genner, Birgitt Haller und Gebhard Heinzle). Interessant für die LeserInnen ist die Sicht auf die Unterschiede zwischen fordistischer und postfordistischer Kontrolle. Nikolaus Dimmel sieht hier „keinen Paradigmenwandel, sondern ... eine Erweiterung des Maßnahmen-Portfolios bei gleichzeitiger gesteigerter Selektivität dieser Maßnahmen“ (S. 290), wie z. B. die Wiederkehr der Folter im Gewande eines Terrorismus-adäquaten Polizei- und Strafrechts und zielgruppenbezogen differenzierten harten Zugriffen und des Wegsperrrens (S. 293), die den mit dem Etikett „selbstverschuldet“ versehenen sozialen Abstieg der Individuen begleitet.

Elisabeth Hammer zeigt anhand der Wiener Sozialhilfe ein starkes Auseinanderklaffen zwischen einem hohen ethischen Anspruch nach Prävention und umfassender Hilfe und einer durch mangelnde Ressourcen gekennzeichneten institutionellen Praxis (S. 339). Kein Wunder, dass die Sozialarbeit in diesem Bereich als immer weniger professionell bezeichnet wird.

Der letzte Teil des Buches mit dem Titel „Gewaltige Veränderungen“ hat

nur einen einzigen Autor (Klaus Firlei), der sich umso ausführlicher auf beinahe 80 Seiten einer Revolutionstheorie des 21. Jahrhunderts widmet. Zunächst wird der linke Rezensent enttäuscht, denn er erwartet unter dem Stichwort „Weltrevolution“ eine Revolution, die die arbeitenden Menschen in ihre Rechte setzt und deren Emanzipationsprozesse fördert. Aber hier heißt es: „Das Kapital betreibt mit respektablem Erfolg sein Projekt der Weltrevolution. Es handelt sich um die privatistische Utopie einer totalen Durchkapitalisierung der Welt, die mit irdischen Paradiesverheißungen verbunden wird“ (S. 487). Es gibt zum Kapital keine Alternative. Oder ins Religiöse verlängert: „Du sollst keinen anderen Gott haben neben mir.“ Was tun in einer solchen aussichtslos erscheinenden Lage? Der Autor vertritt die These, „dass durch evolutionäre Reformen, wie sie vom heutigen veränderungswillig-kritischen *Mainstream* ... gefordert werden ...“ (z. B. von Attac oder von der Globalen Marshall Plan-Initiative) „grundlegende Ziele wie die der Erhaltung der Zivilisation, der Bewältigung der Weltprobleme und des erfolgreichen Umgangs mit Systemtrends wie Beschleunigung und Komplexität ... nicht erreicht werden können. Es geht vielmehr um einen völligen Neuanfang, um eine Revolution im Sinne von Hanna Arendt ... Dieser Bruch kann wohl nicht gewaltsam vor sich gehen.“

Firleis „völliger Neuanfang“ erinnert an Maos Konzept, China traditionslos zu erneuern, es wäre „ein unbeschriebenes Blatt, auf dem sich die schönsten Zeichen malen lassen“. Dem entspricht eine einseitig negative Sicht auf den Kapitalismus: Er würde sich Mensch und Natur zerstörerisch unterwerfen, der Widerspruch zwischen

Produktionskräften und Produktionsverhältnissen verschärfe sich, neu sei die ungeheure Vergeudung im Hinblick auf das Verhältnis von Wertmasse und Produktivität einerseits und der dadurch erreichten „Lebensqualität“ andererseits. Neu wäre auch die „massive Verschärfung der hegemonialen Unterwerfung der Frau“ (S. 496ff). Wir leben in einer Beschleunigungskrise und in gesteigerter Vernetzung. Der *pictorial turn*, der Übergang von einer textbasierten in eine bilderbasierten Kultur, führe über die Massenmedien immer mehr zu einem „Leben aus zweiter Hand“, das attraktiver wird als die Realwelt, das als „mentaler Kapitalismus“ (Franck) aber macht- und interessenpolitisch eindeutig zugeordnet sei (S. 502).

Da sich das Kapital die Effekte der beschleunigten technologischen Entwicklungen praktisch ausschließlich aneigne, gewinne es eine enorme psychopolitische und biopolitische Macht. „Das Kapital will sich dabei an die Stelle Gottes setzen. Wenn es dem Kapital gelingen wird, Gott zu spielen, dann dürfen wir hautnah eine perfekte Inszenierung des Satans erleben, und zwar täglich fußfrei und selbst mitten drin. ... Mit Widerstand ist eher nicht zu rechnen“ (S. 501). Die traditionelle organisierte Arbeitermacht werde aufgegeben, die soziale Absicherung durch den Staat schwinde mit der Abnahme seiner Macht. Das Finanzkapital bestimme anstelle des Realkapitals (die derzeitige Finanzkrise scheint zur Zeit der Abfassung dieses Buchbeitrags noch nicht akut gewesen zu sein). Um den Mangel an Verwertungs- und Anlagefeldern auszugleichen, würden im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts „Erlebniswaren“ geschaffen, die aus Lebensprozessen konsumierbare Waren oder Dienstleistungen machen, die

wieder zusätzliche Waren und damit neue Märkte zu ihrer (Re)produktion benötigen. Als Spiegelbild der vielfältigen Erlebniswaren „geraten die Subjekte zunehmend zu puzzleartigen, in ihren wechselnden Rollen und Maskierungen unberechenbar gewordenen, gegenüber den Content-Industries offenen Systemen“ (S. 516). „Der Graben zwischen Humanismus und Barbarei ... geht durch die Menschen selbst hindurch ... Der politische Grundwiderspruch ist zu einem zwischen Lebensmodellen und nicht mehr zwischen Interessen geworden“ (S. 518). Alle traditionellen Umgestaltungskonzepte greifen daher zu kurz. Heute wäre es von zentraler Bedeutung, Gestaltungsmacht über die Zukunft wiederzugewinnen. Die Weltlage könne zwar als „objektiv revolutionäre Situation“ charakterisiert werden, aber um sie nützen zu können, müssten die Menschen erst als kollektiv handlungsfähige Gattung rehabilitiert werden (S. 534). Fragen nach einer alternativen Macht- und Geldverteilung greifen zu kurz, es ginge um biopolitische Leitbilder, um Spiritualität, um alternative Lebenskonzeptionen, um Gefühle und Psyche.

Vieles an diesen Einschätzungen kann der Rezensent durchaus nachvollziehen. Aus seiner Sicht sind die zukünftigen Entwicklungen aber schon in der Gegenwart in Keimform und verkleidet enthalten. Eine *tabula rasa*-Situation anzunehmen, ist kontraproduktiv. Es wäre daher lohnend, die Keimformen zu identifizieren und zeitgenössische Widerstandsfelder aufzuzeigen, wie sie sich ansatzweise in der *Open-Source*-Bewegung, bei Wikipedia oder bei Musiktäuschkörsen manifestieren (S. 546), aber auch in neuen Aktionsformen gegenüber Top-Managern in Frankreich, in Betriebsübernahmen durch die Belegschaften, wie etwa in Serbien und Venezuela, durch neue Formen der Solidarität und Unterstützung nach unten durch lateinamerikanische Regierungen usw. Vertieft man/frau diese Schiene der Analyse und der politischen Aktion, brauchen wir vielleicht weniger eine „Theorie der Wunder“, wie sie der Autor am Schluss seines Beitrags fordert (S. 561), sondern einen realistischeren Blick auf die Gegenwart, gepaart mit Geduld, Ausdauer, Standfestigkeit, Kooperationsfähigkeit und einem Schuss Glück.

Peter Fleissner